

Wissenschaft bleibt unabhängig

Ist das Engagement von Unternehmen an Hochschulen grundsätzlich verwerflich? Nein, sagt Andreas Schlüter, Generalsekretär des Stifterverbandes. Im Gegenteil: Es ist erforderlich, um das deutsche **Forschungs- und Innovationssystem** leistungsfähig zu machen. Voraussetzung dafür sind Transparenz und klare Regeln.

VON ANDREAS SCHLÜTER | ILLUSTRATION: ANDRZEJ KOSTON

Der Konzern KWS Saat AG hat vor fünf Jahren an der Uni Göttingen eine Professur für Ostasienwissenschaften mit dem Schwerpunkt China eingerichtet. Daraus ist eines der bundesweit größten ostasiatischen Forschungszentren mit vier Studiengängen entstanden. Das kann man erfreulich finden, vor allem, wenn man bedenkt, dass die Universität erst 2004 die Sinologie komplett gestrichen hatte, obwohl der Aufstieg Chinas ganz zweifellos „zu neuen Anforderungen an die westliche Forschung geführt“ hat, wie es heute im Studiengangsflyer heißt. Man kann das aber auch höchst bedenklich finden, weil die KWS Saat AG in China nicht nur Geschäfte macht, sondern sich „im Bereich Zuckerrübe mit einem Marktanteil von 40 Prozent sogar als Marktführer in dem Land etabliert hat“, schreibt „die tageszeitung“ (taz) – und weiß selber offenbar nicht so richtig, was daran eigentlich schlimm sein soll. Dennoch ist der Bericht an erster Stelle im Eintrag der Uni Göttingen bei Hochschulwatch verlinkt, einem Wiki, in dem „die tageszeitung“ Kooperationen zwischen Hochschulen und der Wirtschaft sammeln und dokumentieren will.

Das Beispiel steht, so wie Hochschulwatch insgesamt, für eine Debatte, die unterstellt, das Engagement von Unternehmen an Hochschulen sei grundsätzlich verwerflich und im Kern eine feindliche Übernahme der Wissenschaft durch die Wirtschaft. Die habe an den Universitäten ein Teil der Budgetmacht übernommen, schreibt die Wochenzeitung „Die Zeit“: „Und wer über das Budget bestimmt, der redet auch bei den Inhalten mit.“ Das klingt logisch, ist aber zumindest tendenziös. 1,2 Milliarden Euro haben die Hochschulen 2010 von Unternehmen als Drittmittel bekommen, das sind deutlich unter fünf Prozent des Gesamtvolumens der Hochschulfinanzierung von 26,5 Milliarden Euro. Hinzu kommt: Der Anteil der Forschungs-Drittmittel ist zwar von 15 Prozent im Jahr 2000 auf über 22 Prozent im Jahr 2010 gestiegen – aber keineswegs der Anteil der Wirtschaft daran. Er ist in den letzten zehn Jahren sogar gesunken: von 28 auf 21 Prozent. Das liegt zwar vor allem daran, dass der Staat im Zuge diverser



Forschungspakte und Exzellenzinitiativen sein Engagement deutlich ausgeweitet hat. Ein wachsender Einfluss der Wirtschaft auf die Hochschulfinanzierung lässt sich aus den Zahlen aber wahrlich nicht ableiten.

An einem Strang ziehen

Insgesamt hat Deutschland 2011 fast 75 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung investiert. Die Ausgaben der Unternehmen werden in der Statistik wohlweislich mit ausgewiesen: Sie liegen mit 50,3 Milliarden Euro nämlich bald doppelt so hoch wie die des Staates. Das heißt: Die Unternehmen geben pro Jahr doppelt so viel für Forschung und Entwicklung aus, wie alle deutschen Hochschulen zusammen als Gesamtbudget

zur Verfügung haben. Es sollte die Kritiker doch geradezu beruhigen, wie wenig von industriellen Forschungsbudgets tatsächlich an den Hochschulen landet.


So sehr die Bedeutung der universitären Wissenschaft für die Wirtschaft gelegentlich überschätzt wird, so sehr wird auch der Beitrag der Wirtschaft für unser Forschungs- und Innovationssystem häufig unterschätzt. Insofern ist das Engagement der Unternehmen für die Wissenschaft nicht verwerflich, sondern erforderlich. Um die großen Zukunftsfragen zu beantworten, müssen alle an einem Strang ziehen: Politik, Unternehmen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Tatsächlich war es eine der größten forschungspolitischen Leistungen der Bundesregierung, im Zuge der Hightech-Strategie öffentliche Investitionen verstärkt an den Bedarfen der Menschen und den gesellschaftlichen Herausforderungen auszurichten. Deutschland braucht eine Forschungskultur, die auf den Innovationsfaktor Kooperation setzt, auf den Transfer von Wissen, Ideen und Personen, die sich in den verschiedenen Sphären von Hochschule, Unternehmen, Labor und Ministerium auskennen.

Verzerrtes Gesamtbild

Sich in den verschiedenen Sphären auszukennen, heißt auch: den Partner zu verstehen und zu respektieren. „Die meisten Unternehmen und Stiftungen wissen, wie wichtig die Unabhängigkeit der Forschung ist – und sie sind im eigenen Interesse gut beraten, daran auch weiterhin nicht zu rütteln“, hat Andreas Barner, der neue Präsident des Stifterverbandes, gleich bei seinem Amtsantritt klargestellt. Die Unternehmen erwarten von den Hochschulen gerade das, was sie selbst nicht können: Grundlagenforschung ohne konkrete Anwendungsbezüge als Ergänzung zur eigenen produktgetriebenen Forschung. Natürlich soll daraus im Idealfall ein Mehrwert für das Unternehmen entstehen. Selbstverständlich profitiert die KWS Saat AG von aktuellen Erkenntnissen zur Entwicklung Chinas. Warum auch nicht? Eine Partnerschaft lebt davon, dass beide Seiten etwas davon haben. Nur zur Erinnerung: Ohne das Unternehmen gäbe es heute überhaupt keine Sino-logie mehr in Göttingen.

Das Problem ist nicht die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft an sich. Das Problem ist auch nicht, dass Forschungsförderung von Unternehmen auch dazu da ist, Forschungsfragen von Unternehmen zu beantworten. In diesem Sinne ist sie nicht mehr oder weniger interessengeleitet als die Forschungsförderung des Staates oder die von Stiftungen und auch nicht mehr oder weniger als die Wissenschaft selbst, die jenseits der Erkenntnissuche immer auch eigene Interessen verfolgt – und sei es nur, Geld und Einfluss zu gewinnen. „Glaubten die Menschen früher an Medizinmänner oder Wahrsager, vertrauen sie heute auf Professoren und Forschungsinstitute“, schreibt „Die Zeit“, die wenige Absätze später offenbar selbst an grundsätzlich stets „unparteiische Wissenschaftler“ glaubt beziehungsweise daran, dass diese so wären, wenn die Industrie sie nicht längst alle gekauft hätte. Und das ist das wahre Problem: Aus problematischen Einzelfällen wird ein Gesamtbild konstruiert, das mindestens verzerrt ist.

Der Alltag an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist geprägt von einem respektvollen und produktiven „Dialog auf Augenhöhe“, wie es Stifterverbandspräsident Andreas Barner formuliert hat. Voraussetzung dafür sind Transparenz und klare Regeln. Der Stifterverband hat frühzeitig einen Verhaltenskodex für Stiftungsprofessuren veröffentlicht, der ganz klar regelt, wie weit der Einfluss der Förderer reicht. Weder dürfen Unternehmen über die Auswahl der Professoren entscheiden, noch dürfen sie bestimmen, in welche Richtung geforscht wird. Solche Regeln müssen eingehalten werden. Das zu überprüfen und sicherzustellen ist in erster Linie Aufgabe der Hochschulleitungen, die sich des eigenen Werts und der eigenen Werte stets bewusst sein sollten, aber auch der wissenschaftlichen Gemeinschaft insgesamt. Denn letztlich ist sie es, die über den Wert von Forschungsergebnissen und den Ruf eines Wissenschaftlers entscheidet.

Ein 100-prozentig einwandfreies Verhalten aller Beteiligten in jedem Fall lässt sich so nicht garantieren. Wer aber deshalb die Wirtschaft aus der Wissenschaft vertreiben will, schießt weit über das Ziel hinaus. Um die produktive Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen, wie etwa bei der Fraunhofer-Gesellschaft, wird Deutschland weltweit beneidet. Es ist ein Austausch, der auch für die Wissenschaft mehr bedeutet als nur eine zusätzliche Einnahmequelle. Um ein weiteres Beispiel zu nennen, das vielfach – auch in „Die Zeit“ – kritisiert wurde: Egal, wie man zu Google und dem vom Unternehmen initiierten und mitfinanzierten Humboldt-Institut „Internet und Gesellschaft“ steht: Ohne das Engagement des Suchmaschinenbetreibers gäbe es bis heute, 20 Jahre nach der Entwicklung des ersten grafikfähigen Webbrowsers, immer noch keine Einrichtung in Deutschland, an der die Zusammenhänge zwischen der digitalen Welt und gesellschaftlichen Veränderungen multidisziplinär gebündelt erforscht werden. Man könnte sagen: Das ist der eigentliche Skandal. 

ANDREAS SCHLÜTER

Andreas Schlüter ist der Generalsekretär des Stifterverbandes. Als promovierter Jurist lehrt er seit 2003 außerdem an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, zunächst als Privatdozent, seit 2008 als außerplanmäßiger Professor.



FOTO: DAVID AUSSERHOTER